

D-02 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der Eingriffskompetenzen

Gremium: LAGen Netzpolitik und Demokratie+Recht
Beschlussdatum: 19.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 10.1. Dringlichkeitsanträge

1 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der Eingriffskompetenzen

2 Wir setzen uns für eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß ein. Sicherheitskonzepte, die von
3 Angst getrieben sind, werden grundlegenden Bedürfnissen nach Freiheit nicht gerecht und
4 sorgen nicht für mehr Sicherheit. Wir stellen uns gegen unverhältnismäßige Eingriffe in
5 Grundrechte, insbesondere in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und setzen uns
6 für eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft ein.

7 Technische Werkzeuge können - maßvoll und mit Bedacht eingesetzt - Teil der
8 Sicherheitspolitik sein, aber wir können uns nicht allein auf diese verlassen. So führen
9 beispielsweise Video- und Tonüberwachung des öffentlichen Raums nicht zu einem effektiveren
10 Schutz der Bürger*innen und stellen überproportionale Eingriffe in die Bürger*innenrechte
11 dar. Die bisherigen Erfahrungen und Auswertungen, insbesondere aus London, der Stadt mit
12 einer flächendeckenden Videoüberwachung, deuten z. B. darauf hin, dass der Nutzen von
13 Videotechnik weit überschätzt wird. Weder schreckt sie diejenigen ab, die Straftaten spontan
14 begehen, noch verhindert sie ein geplantes Vorgehen, da die Identifizierung beispielsweise
15 durch Verdecken des Gesichts gezielt umgangen werden kann. Ferner ist die Gefahr hoch, dass
16 Polizist*innen die vor dem Monitor sitzen, statt vor Ort zu sein, falsch eingesetzt werden.
17 Videoüberwachung kann für uns deshalb maximal eine anlassbezogene Ergänzung für eine gute
18 Sicherheitsstrategie sein. Anlasslose Grundrechtseingriffe durch die Polizei lehnen wir ab.
19 Diese öffnen Tür und Tor für Maßnahmen, die von Vorurteilen geprägt sind, insbesondere für
20 racial profiling, ohne dass diese für den Schutz der Bevölkerung erforderlich sind.

21 Statt bloßen Aktionismus fordern wir eine Gesamtstrategie bei der Polizei ein, da nur so der
22 Schutz der Bevölkerung effektiv gewährleistet werden kann. Wir setzen auf eine gut
23 ausgebildete und ausgestattete Polizei, die ihre Schwerpunkte und Gefahrenbereiche kennt.
24 Mehr Streifen, Präsenz und gezielte Kriminalitätsbekämpfung statt dauerhafter und ausufernde
25 Kameraüberwachung und sinnloser Grundrechtseingriffe. Gerade in Zeiten, in denen sich die
26 Bundesländer mit härteren und immer eingriffsintensiveren Polizeigesetzen überbieten, wollen
27 wir zeigen, dass ein effektiver Schutz der Bevölkerung auch ohne ein kopfloses Ausweiten der
28 Eingriffsbefugnisse möglich ist. Das Berliner Polizeigesetz soll daher ein liberaler
29 Gegenentwurf zur ständigen Verschärfungen ohne Gesamtkonzept sein, durch die immer mehr in
30 die Grundrechte sämtlicher Bürger*innen eingegriffen wird. Wirksame Polizeiarbeit begrenzt
31 das Überwachen von unbescholtenen Bürger*innen auf das unbedingt Erforderliche. Wir werden
32 den Schutz der Bevölkerung sicherstellen und gleichzeitig deren Grundrechte achten. Dazu
33 setzen wir beispielsweise auf folgende Maßnahmen: risikobehaftete Orte müssen besser
34 beleuchtet und einsehbar werden. Dies schafft an großen Plätzen, Bahnhöfen und verwinkelten
35 Gassen deutlich mehr Sicherheit, als jede Kamera. Wir setzen außerdem auch auf
36 Deradikalisierung und Prävention, da nur so ein wirksamer Schutz der Bevölkerung erreicht
37 werden kann. Die bereits bestehenden Projekte sollen ausgebaut und noch mehr Angebote
38 geschaffen werden. Gut etablierte Präventionsprojekte müssen zudem dringend verstetigt
39 werden. Es kann nicht sein, dass trotz guter und erfolgreicher Präventionsarbeit zahlreiche
40 Projekte innerhalb kurzer Zeit immer wieder neue Gelder beantragen müssen. Dies führt dazu,
41 dass in den Projekten kaum Arbeitnehmer*innen langfristig gehalten werden können und der

- 42 bürokratische Aufwand kostet viel Zeit, Zeit die für eine wirksame Präventionsarbeit fehlt.
43 Eingriffe in die Grundrechte sollen nur dort erfolgen, wo sie wirklich notwendig sind, damit
44 die Polizei genug Ressourcen für den Schutz der Bevölkerung hat; Ressourcen die aufgrund der
45 planlosen Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen zunehmend fehlen.
- 46 Straffällig gewordenen Personen müssen wir Hilfe anbieten und sie in unsere Gesellschaft
47 integrieren. Dazu sind Angebote zur Resozialisierung ausbauen. Ferner sind die Angebote der
48 Straffälligenhilfe weiter auszubauen und die Bedingungen in den Gefängnissen mit Blick auf
49 die Resozialisierung der Gefangenen zu verbessern.
- 50 Vermeintlich kriminalitätsbelastete Orte sollen durch eine unabhängige Stelle evaluiert
51 werden, um faktenorientiert über Maßnahmen und Konzepte reden zu können.
- 52 Wir warnen davor, durch die Debatte um die Ausweitung von Videoüberwachung und andere
53 Eingriffsbefugnisse notwendige gesellschaftliche und politische Fragestellungen über
54 Missstände in unserer Gesellschaft zu verdrängen. Wenn Videoüberwachung falsch angewendet
55 wird, unterdrückt oder verdrängt sie nur die Symptome von Problemen, die aus sozialer
56 Ungerechtigkeit und ungünstigen Umständen resultieren, die grundsätzlichere Lösungen
57 bedürfen.
- 58 Wir werden daher die notwendigen Mittel für eine Polizei- und Präventionsarbeit zur
59 Verfügung stellen, die unsere Bürger*innenrechte achtet, für einen ausreichenden Schutz der
60 Bevölkerung sorgen und zudem den Ursachen von Kriminalität und Gewalt entgegenwirken.

Begründung

Mit diesem Antrag möchten wir darlegen, dass Polizeiarbeit auch ohne ein ständiges Ausweiten von Überwachung funktioniert, sondern ein Gesamtkonzept zum Schutz der Bevölkerung bedarf. Sicherheitspolitik beinhaltet aus unserer Sicht vor Allem Prävention und einen gezielten Einsatz von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr. So wird gewährleistet, dass nicht unnötig in die Rechte von unbescholtenen Bürger*innen eingegriffen wird. Auch kann so sichergestellt werden, dass es gar nicht erst zu Straftaten kommt. Mit diesem Antrag wollen wir die Leitlinien für eine grüne Sicherheitspolitik betonen, die die Grundrechte der Bürger*innen und deren Interesse an ihrem Schutz vor Gefahren und Kriminalität in ein angemessenes Verhältnis bringt. Dazu gehört eine effektive Kontrolle der Sicherheitsbehörden, ein Gesamtkonzept, wie wir Straftaten und Gefahren verhindern wollen und vor Allem eine Gewichtung der Bürger*innenrechte. CDU und SPD haben in den letzten Jahren gezeigt, wie es nicht geht. Einen Schutz der Grundrechte und eine effektive Strafverfolgung können wir von ihnen nicht erwarten. Daher folgt nun unser grüner Gegenentwurf: grüne Polizeiarbeit für einen effektiven Schutz der Bürger*innen und ihrer Grundrechte!

Dringlichkeitsgrund

Am letzten Sonnabend hat die SPD auf ihrem Parteitag einen Beschluss zum Thema Sicherheit gefällt. Dieser Beschluss beinhaltet zahlreiche Aspekte, die sowohl für die neue Polizeigesetzgebung als auch für den Umgang mit dem Volksbegehren zum Thema Ausweitung der Videoüberwachung relevant sind. Daher ist es wichtig, dass von Grüner Seite eine entsprechende Antwort kommt. Der Präventionsaspekt fehlt in dem Beschluss der SPD nahezu vollkommen. Dieser ist aber essentiell für ein Grünes Sicherheitskonzept, da nur so Sicherheit langfristig und nachhaltig erreicht werden kann. Auch ist schon eine Entscheidung gefällt worden, dass eine Ausweitung der Videoüberwachung erfolgen soll, ohne konkret zu benennen, wie diese aussehen soll. Auch halten wir es vor dem Hintergrund der Ausweitung der Videoüberwachung und den neuen Umgang mit dem kriminalitätsbelasteten Orten für sehr wichtig, dass wir diskutieren, wie wir im Kontext der ASOG Reform mit diesem Ansatz umgehen wollen. Insbesondere müssen wir vor dem Hintergrund der Ausweitung der Videoüberwachung an

kriminalitätsbelasteten Orten klarstellen, dass wir kein Racial Profiling wollen und dass Strategien dagegen entwickeln, da dieser Aspekt von Seiten der SPD auch nicht ausreichend gewichtet wird. Die SPD Abgeordneten können sich während der zukünftigen Verhandlungen um die Umsetzung des ASOG und dem Umgang mit dem Volksbegehren zur Ausweitung der Videoüberwachung auf diesen Beschluss berufen. Wir wollen unserer Fraktion auch einen Beschluss an die Hand geben, damit sie gestärkt in die weiteren Verhandlungen gehen können.